Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — SV — Gegr. 1840. — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis beträgt 2 G.-M., die Einzelnummer kostet 10 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 77 — Olpe, Montag, den 31. März 1924 — 84. Jahrg.

Eine wichtige Kundgebung der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Der Reichsinnenminister über die Freiheit der Presse und Westfragen.

WTB Hagen, 30. März. (Drahtb.) Der Verband rheinisch-westfälischer Presse hielt heute in der Stadthalle einen rheinisch-westfälischen Pressetag ab, der den Zweck verfolgt, aller Oeffentlichkeit die Belange des deutschen Westens erneut zu vertreten und die Anteilnahme an dem Schicksal des besetzten Gebiets wach zu halten, sowie gleichzeitig für die Freiheit und Sicherheit der deutschen Presse einzutreten.

Der Vorsitzende

des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse, **Schriftleiter Kayser-Elberfeld** eröffnet die Tagung mit einer Begrüßung der Gäste und Ehrengäste, unter denen besonders zu nennen sind, **Reichsminister und Vizekanzler Dr. Jarres, der Oberpräsident von Westfalen Gronowski, der Oberpräsident der Rheinprovinz Graf Adelmann**, Generaldirektor Schmidt als Vertreter des Reichsministers für die besetzten Gebiete, ferner zahlreiche Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden. Der **Reichskanzler** hatte der Tagung seine Grüße entboten. Der Redner wies auf die **rühmliche Haltung hin, die die Presse Rheinlands und Westfalens im Kampfe des deutschen Westens eingenommen hat.** Wegen des heftigen Widerstandes, welcher von rheinischen Verlegerkreisen der im Interesse beider Teile angestrebten Gesamtregelung des Verhältnisses zwischen Redakteuren und Verlegern entgegengebracht wird, sei eine gemeinsame Veranstaltung leider nicht möglich gewesen. **Der Verband der rhein.-westf. Presse könne im Herbst d. J. auf ein 20jähriges Bestehen** zurückblicken. Wenn der Silberstreifen im deutschen Westen bis dahin etwas breiter und leuchtender geworden sei, wenn bis dahin auch das deutsche Journalistengesetz Tat wäre, so wäre dies das schönste Geburtstagsgeschenk für den Verband.

Oberbürgermeister Cuno entbot der Versammlung den Willkommengruß der Stadt Hagen.

Oberpräsident Gronowski

begrüßte die Tagung im Namen der Provinz und zugleich namens der Regierungspräsidenten von Arnsberg, Münster und Minden. Er charakterisierte die in diesem Augenblick besonders schweren Aufgaben der deutschen Presse, die den hohen Nutzen einer sachlichen Kritik durch die Presse, die die öffentliche Meinung verbessere, während unsachliche und giftige Kritik schädlich sei für unser Vaterland. Angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes sei zu überlegen, ob die rheinisch-westf. Presse nicht dazu beitragen könne, das politische und öffentliche Leben zu entgiften und zu befreien von unsachlicher und persönlicher Kritik und von persönlichen Gehässigkeiten und anderen Anfeindungen. Redner regt an, es möchte in den nächsten Tagen die Spitzen der Behörden die leitenden Parteiführer und die leitenden Herren der Presse zu einer Besprechung zusammenkommen, damit

der Wahlkampf in dieser Zeit schwerster Not ruhig und vornehm geführt werde.

Vizekanzler und Reichsminister des Innern Dr. Jarres.

Es ist mir eine herzliche Freude Ihnen allen, insbesondere den Vertretern der rheinisch-westfälischen Presse und dem einladenden Verband meinen sowie den Dank der Reichsregierung zu übermitteln. Wir sind Ihrer freundlichen Einladung gern gefolgt, weil es eine begreifliche Freude ist, wieder einige Stunden mit rheinisch-westfälischen Landsleuten zu verleben und weil es uns ein Bedürfnis ist, mit eigenen Augen uns noch einmal zu überzeugen, wie die Dinge im besetzten Gebiet und hier im Randgebiet stehen. Dabei bietet sich die Gelegenheit nahe der Heimat und dem besetzten Gebiet ein offenes Wort zu sprechen. Nach dem vor kurzem in Mannheim eine imposante Kundgebung der süddeutschen Presse stattgefunden hat, hat der Verband rhein.-westf. Presse mit Recht eine ähnliche Kundgebung auch hier im Norden des besetzten Gebietes für angezeigt gehalten. Zwar sollte die 1 Einladung zu dieser Versammlung nur von den im Verband zusammengeschlossenen journalistischen Kreisen ausgehen, aber ich darf annehmen, daß auch die rheinisch-westfälischen Zeitungsverleger lebhaftes Interesse an der Kundgebung haben. Ich betrachte

die deutsche Presse als ein einheitliches Ganzes.

Mögen die Belange zwischen Verlegern und Journalisten im einzelnen auseinandergehen, sie betreuen aber ein hochwichtiges Gut. Ich fühle mich Ihnen verpflichtet, auf Ihrer Tagung auch die

Belange des Redakteurstandes

zu behandeln. Hieran hat auch die Reichsregierung das lebhafteste Interesse. Gilt doch auch das Schutzgesetz die Verhandlungen betreffen, die Berufsgeheimnisse der Redakteure gesetzlich zu regeln. Wir haben im Interesse der deutschen Presse dies für wünschenswert. Es läßt sich nicht leugnen, daß

die Reinheit der Presse auch bei uns in Deutschland vor großen Gefahren

steht. Hier gilt es, wertvolles zu retten.

Soll die Presse ihre hohe Aufgabe vor Volk und Welt erfüllen, so muß sie innerlich frei sein.

Diese innerliche Freiheit ist zweifellos **gefährdet durch das Ueberwiegen des Geschäftlichen, die Unsicherheit des Journalistenberufes die mangelnde Vorbildung mancher Journalisten** und in letzter Linie auch durch einen **Rückgang des Nachwuchses.**

Eine Regelung bei der Vielgestaltigkeit des Berufes ist natürlich sehr schwierig. Sie darf deshalb nicht zu sehr ins einzelne gehen, sondern muß dehnbar bleiben.

Das Verhältnis zwischen Verleger und Schriftleiter muß gesetzlich geregelt werden.

Man wird sich hierbei aber nur auf einzelne Regelungen beschränken müssen. Auf Einzelheiten des bereits bestehenden Gesetzentwurfs darf ich mich nicht einlassen. Bei der Vorlage sollen selbstverständlich die Spitzenverbände der beteiligten Organisationen gehört werden. **Dem Schriftleiter möchte ich das Dichterwort zurufen: Die Würde der öffentlichen Meinung ist in eure Hand gegeben. Bewahret sie!**

Die rhein.-westf. Presse hat in den schweren Tagen ihre Schuldigkeit getan.

Besonders zu verdanken haben wir es der Presse, daß die separatistische Gefahr wenigstens zur Zeit als abgewendet gelten kann. Aber auch jetzt noch hat die Presse hier Frontdienst. **Viele Verleger und Schriftleiter haben sich vor fremden Kriegsgerichten** geworfen.

Die Pressefreiheit steht im besetzten Gebiet nur noch auf dem Papier.

Wenn auch die Presse durch Vergewaltigung an ihrer freien Meinungsäußerung gehindert wird, so entäuscht sich doch die gegnerische Propaganda über die Erreichung ihres Zieles. Gerade jetzt verlangt die Bevölkerung mit besonderem Nachdruck die Freiheit der Presse auch im besetzten Gebiet.

Ohne eine freie Presse können die bevorstehenden Wahlen nicht objektiv durchgeführt werden.

Die Presse muß sagen dürfen, was zur Klärung der Meinungen zu sagen ist.

Es muß

dem unbesetzten Deutschland ein Bild der Seelennot des Rheinlandes

gegeben werden können. Die Welt ist sich auch darüber klar, daß eine Aenderung der jetzigen Verhältnisse im Westen eintreten muß. Nach Aufgabe des passiven Widerstandes durfte die deutsche Bevölkerung darauf rechnen, daß bis zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage wenigstens ein Modus vivendi gefunden würde, der Freund und Feind gerecht würde. Dies ist bisher nicht gelungen und unter unerträglichen Opfern ächzt das deutsche Leben dahin.

Die Micumverträge können in der bisherigen Form nicht verlängert werden.

Auch die **organisierte Arbeiterschaft aller Richtungen** hat in eindrucksvollen Darlegungen hierfür den Nachweis erbracht, daß die Dinge so nicht weiter gehen können.

Neben diesen wirtschaftlichen und politischen Fragen gibt es für uns noch Dinge, die

Herzensangelegenheiten und die Ehrenfragen des ganzen deutschen Volkes sind.

Ich spreche von dem **traurigen Schicksal der Gefangenen und Ausgewiesenen** die immer noch in fremden Gefängnissen und Strafanstalten unter unwürdigsten Bedingungen schmachten. Wo ist die Phrase von der Ritterlichkeit Frankreichs nach Aufgabe des passiven Widerstandes geblieben? Glaubt man in Frankreich daß ein solches Verhalten geeignet ist, den Gedanken der Verständigung zu fördern? Hierbei handelt es sich nicht um politische Gegensätze, sondern um

Fragen einfachster Menschlichkeit.

Mit Dank erkennen wir auch an, daß Menschenfreunde des neutralen Auslandes sich mit allerdings nur geringem Erfolg dieser Opfer annehmen. Mit allen diesen Stimmen fragen wir, würde die französische Politik etwas zu verlieren haben, wenn die Regierung Frankreichs diese Gefangenen frei geben würde? Wir erleben, daß deutsche Untersuchungsgefangene über 8 Monate von aller Welt abgeschlossen werden und Ihnen sogar nicht gestattet wird, einen deutschen Anwalt mit ihrer Verteidigung zu betrauen. Wann wird endlich der Tag kommen, an dem Frankreich sich zu einem wirklichen Friedensschluß sich bereit zeigt?

Das deutsche Volk, das sein Unrecht knirschend erträgt, gibt damit einen Beweis der Selbstzügelung, der anderen Völkern nicht gelingen würde.

Trotz aller Leiden und aller Sorge hat das **deutsche Volk nicht das Recht, die Hände in den Schoß zu legen auch nicht das Recht, große Worte zu machen. Treu und zäh haben wir zu arbeiten, um aus dem Elend herauszukommen.**

Wir haben **vor aller Welt die Lüge von der deutschen Alleinschuld am Weltkriege zurückzuweisen.** Wir fordern auch auf Grund unserer Vergangenheit und unser Lebenskräfte

Gleichberechtigung unter den Völkern der Erde.

Trotz aller Unzulänglichkeiten, die hierbei aus der deutschen Natur herausgeboren sich ergaben, sind wir stolz auf das, was das deutsche Volk in diesem ungeheuren Ringen geleistet hat.

Wir haben die Folgen des verlorenen Krieges zu tragen und werden sie tragen.

Aber die Niederlage hat in der deutschen Nation nicht das Menschenrecht getilgt.

Das unbesetzte Deutschland hat die Pflicht, alle Kräfte für die Erleichterung der Lage des besetzten Gebietes mit dem Ziele seiner Befreiung einzusetzen.

In wenigen Wochen haben wir den Reichstag gewählt. Alle Gegensätze im deutschen Volke werden in den

Wahlkämpfen

wieder zum Vorschein treten. Auch im besetzten Gebiet gibt es die ehrlichen politischen Meinungsverschiedenheiten wie in übrigen Deutschland. Aber mit Befriedigung ist doch festzustellen, daß **im besetzten Gebiet Männer aller Parteien sich in den Bestreben zusammengefunden haben, bei den kommenden Wahlkämpfen unsachliche Schärfen und persönliche Verunglimpfungen politischer Gegner zu vermeiden.**

So wird auch **wirksamerweise die nationale Einheit** betont. Auch

im Saargebiet

tritt eine **vorbildliche Einheit der Stände** eindrucksvoll in die Erscheinung.

Was im besetzten Gebiet möglich ist, sollte im unbesetzten Gebiet nicht unmöglich sein.

Wenn die heutige Versammlung dazu beitragen würde, diesen Willen zu festigen, so würde das ihr schönster Erfolg sein. So begrüße ich namens der Reichsregierung Ihre Tagung mit einem herzlichen Glück auf!

Die Rede des Ministers wurde mit begeistertem Beifall aufgenommen.

Das neue Kabinet Poincaré.

Das zweite Kabinett Poincaré.

WTB Paris, 29. März. Havas veröffentlicht um 9 Uhr nachmittags folgende Ministerliste:

Vorsitz und Aeußeres, **Poincare,**
Justiz- und Vizepräsidentschaft: **Peret,**
Inneres **Selves,**
Krieg **Maginot,**
öffentliche Arbeiten **Le Trocqeur,**
Finanzen **Marsal,**
Handel **Loucheur,**
Marine **Bokanowski,**
Arbeit **Vincent,**
Unterricht **de Jouvenel,**
Landwirtschaft **Le Febre du Prey,**
befreite Gebiete **Marin,**
Kolonien Oberleutnant **Fabry.**

Paris, 30. März. In dem **neuen Kabinett** Poincare ist das Hygieneministerium dem Arbeitsministerium und das Unterstaatssekretariat für Post und Telegraph dem Handelsministerium angegliedert worden.

Der Kurs bleibt der alte.

WTB Paris, 29. März. Ueber den heute vormittag abgehaltenen Kabinettsrat des neuen Ministeriums gibt Havas folgende Mitteilung heraus:

Die Mitglieder des neuen Kabinetts sind heute vormittag um 9.30 Uhr im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz Poincares zu einer Beratung zusammengetreten, die bis 11.45 Uhr dauerte. Es ist kein offizielles Communique ausgegeben worden, jedoch haben die Minister am Schluß der Konferenz erklärt, daß der Kabinettsrat nach einer Nachprüfung der auswärtigen Lage einstimmig beschlossen habe, die **Politik der vorausgegangenen Regierung weiter zu betreiben.** Unmittelbar nachher begaben sich die Minister ins Elysee, wo Ministerpräsident Poincare dem Präsidenten der Republik seine neuen Mitarbeiter vorgestellt hat. Heute nachmittag findet ein zweiter Kabinettsrat statt.

Verschärfter Kurs.

Poincare hat, wie wir bei Demission bereits voraussagten, die Kabinettsbildung wieder fertig gebracht. Am Abend des kritischen Tages hatte Poincare selbst noch längere Besprechungen mit dem Senatspräsidenten Doumergue und dem Kammerpräsidenten Peret, die sicher schon die Entscheidungen in ihrem Grundprinzip brachten. Der späte Freitag Abend brachte dann die endgültige Entscheidung. Nach dem 1. Kabinett Poincare, das vom 15. Januar 1922 bis 26. 3. 1924 lebte ist nun das zweite Kabinett Poincare gefolgt. Seit dem Bestehen der dritten Republik haben nur 8 Kabinette länger als 2 Jahre das Ruder geführt. Und von diesen 8 Kabinettschefs war es nur bisher dem alten „Tiger" Clemenceau vergönnt, zweimal das Kabinett bilden zu können. Diesem ausgesprochenen Deutschfeinde folgt nun Poincare, der sicher auch nichts weniger als deutschfreundlich ist. Gerade die Umstände seiner Wiederkehr zeigen, daß man wie vor die Spitze der französischen Politik sich gegen Deutschland kehrt, daß wir fürs erste nichts Gutes von der Seine zu erwarten haben. Direkt nach Poincares Rücktritt war im französischen Blätterwalde so einstimmig wie noch nie die Auffassung vertreten, daß nur Poincare allein der Mann sei, der jetzt die Geschicke Frankreichs weiterführen könne. Dies bestätigte ihm nicht nur die regierungsfreundliche, sondern auch die gegnerische Presse fast ausnahmslos. Alle Blätter sprachen sich rückhaltlos für Poincare aus, hielten die Abstimmung in der Kammer für einen schlechten Scherz oder für eine grenzenlose Dummheit, denn — und dies war das Hauptargument, das immer wiederkehrte —: alle anderen Erwägungen persönlicher oder sachlicher Art mußten in diesem Augenblick hinter der einen „Wahrheit" zurücktreten: die „feindliche deutsche Offensive" gegen Frankreich sei noch nicht zu Ende. Als Einziger, der sie wirklich siegreich bis zu dem nahe bevorstehenden Ende bekämpfen könne, bleibe nur Poincare.

Und der französische Präsident Millerand hat mit außerordentlicher Energie und sehr zielbewußt vom ersten Augenblick ab eingegriffen. Als es eine Zeitlang schien, als ob Poincare wirklich endgültig zurücktreten wollte, ließ er sofort erklären, daß er gar kein anderes Kabinett anerkennen würde, das nicht die bisherige französische Außen- und Innenpolitik unbedingt mit aller Energie fortsetzen werde. Präsident Millerand erklärte klipp und klar, Frankreich werde das Ruhrgebiet nicht eher räumen, als bis die Reparationen völlig bezahlt seien. Erkläre sich das Land gegen diese Politik, so werde er, Millerand, auch nicht eine Minute zögern, hieraus auch für sich alle erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Diesen Gesichtspunkt dürfen wir in Deutschland nicht übersehen, denn er bietet uns den Gesichtspunkt, was dieses Kabinett für Deutschland bedeutet, nämlich eine verschärfte Fortsetzung der französischen Rhein- und Ruhrpolitik. Diese Verschärfung komme auch darin zum lebhaftem Ausdruck, daß die beiden Hauptträger der Ruhraktion, Maginot und Trocquer bleiben, während sonst doch viel neues Blut in dies Kabinett gekommen ist. Poincares Stellung ist sehr gefestigt durch diesen neuen taktischen Zug, den er mit dem Rücktritt des Kabinetts und seiner jetzigen Neubildung erreicht. Schwer tragbare Elemente hat er ausgeschieden und sie durch frische Kräfte ersetzt. Damit hat er einer starken Opposition bei den Wahlen vorgebeugt. Doch ist er auch vorsichtig genug gewesen nicht die Allerradikalsten zu wählen als Mitorbeiter. Deshalb machen ihm die Organe der Reckltion sogar Vorwürfe. Der **„Gaulois"** erklärt die Zusammensetzung des neuen Kabinetts für paradox, tröstet sich aber damit, daß sie eine Stärkung der nationalen Politik bedeute. **„Echo de Paris"** meint „man sei versucht zu glauben, Poincare habe die Absicht gehabt, sein Ministerium nicht mit seinen Freunden, sondern mit seinen Gegnern zu besetzen. Die Opposition habe jedenfalls keinen Anlaß, sich zu beklagen. De Jouvenel, Marsal, Loucheur und Vincent hätten nicht nur die Finanzreform mit dem Ermächtigungsparagraphen, sondern zum Teil auch die auswärtige Politik Poincares sehr scharf bekämpfen. Aber es habe immerhin gewisse Vorteile für die Wahlen, wenn Gesetze, die von der Linken als Attentat gegen die Republik und als verhängnisvoll für das Land gebrandmarkt worden seien, nunmehr von Leuten durchgeführt würden, die sie bekämpft hätten. Tardieu nennt im **„Echo National"** die Zusammensetzung des Kabinetts einen Verrat an der Mehrheit, die Poincare seit zwei Jahren durch dick und dünn gefolgt sei. Jedenfalls hat Poincare damit aber für die Wahlen sich eine Mehrheit von bedeutend größerem Einflusse gesichert, als er vor den Rücktritt hatte, denn jetzt kann er sich auf die Rechte und die Linke berufen und insbesondere ist die Linke durch den Eintritt ihrer Mitglieder auch im Wahlkampfe gegen Poincare, der das Hauptmotiv ihrer Wahlparole logischer Weise hätte sein müssen sehr behindert. Poincare aber hat jetzt noch den Triumph, daß ganz Frankreich ihn hat bitten müssen, zu bleiben. Er kann sich der Masse als „der Retter des Vaterlandes" hinstellen. Der Riß zwischen ihm und dem Präsidenten Millerand, der tatsächlich bestanden hat, ist wenigstens vor der Welt verschwunden. Poincare kann sich gegenüber dem Lande als Führer der Politik, die der Präsident und das Land billige seine Ruhrpolitik, hinstelle. Diese Note unterstreicht er, worauf der „Petit Parisien" hinweist durch die Beibehaltung von Maginot und Le Trocquer die seinen Entschluß habe bekunden wollen, unter keinen Umständen auf die Durchführung der Ruhrpolitik zu verzichten. Aber gefährlich wird er

dadurch, daß er auf die in dieser Zeit einmütige Billigung seiner Ruhrpolitik durch den Präsidenten und alle Parteien hinweisen kann, auch gegenüber England. Und auch diese Stärkung bedeutet nur einen Schaden Deutschlands. Und so stellt die Londoner Politik fest, wie der Frkft. Ztg. gedrahtet wird fest, daß Poincare stärker als jemals aus der Regierungskrise hervorging, und daß er sein Kabinett wesentlich verbesserte. Es gilt als unwiderrufliche Tatsache, daß das neue Kabinett auf den Grundsatz verpflichtet wurde, **„keine Räumung der Ruhr vor der deutschen Zahlung"**, wobei dahinsteht, wie die Formel gemeint ist und weitens, daß die **Finanzreform** ein ebenso fester Programmpunkt ist. Bezüglich der Ruhrpolitik sieht man den äußeren Beweis i nder Wiederaufnahme zweier Minister ins Kabinett, die für die Durchführung der Ruhraktion besonders verantwortlich sind. Bezüglich der Finanzreform verweist der Korrespondent der „Times" auf die Tatsache, daß der neue Finanzminister als Deflationist bekannt ist. Den Eintritt Loucheurs aber kann man als Anzeichen für weiteres französisches Eindringen in die deutsche Industrie deuten. Gerade dieses muß aber unser besondere Aufmerksamkeit verdienen jetzt, wo die Micumverträge in Kürze ablaufen und dadurch gerade in industrieller Beziehung in wirtschaftlicher Lage eine für Deutschland höchst kritische Situation sehr leicht geschaffen werden kann, die unbedingt von den größten politischen Folgen sein kann. Wir haben wohl jetzt eine Verschärfung der Poincareschen Politik zu erwarten. Diese Verschärfung der französischen Politik machte sich in der letzten Zeit im Ruhrgebiete schon sehr bemerkbar, in Urteilen des Kriegsgerichtes, in dem Vorgehen der Militärbehörde gegen Zeitungen. Uns sind authentische Zeugnisse aus französischen Quellen hierüber gerade in den letzten Tagen bekannt geworden, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Und sie bestätigen nur die Meinung der Morningpost, die zu diesem Kabinett unter Hinweis auf die erstarkende deutsche Reaktion mit Befriedigung feststellt, daß Frankreich starke Sprecher behält, deren Sprache in Deutschland verstanden werden wird. Dieser Hinweis sollte uns ein Warnungssignal sein, und zeigen, auf welchen Grundlagen die Stimmung gewachsen ist, die Poincare jetzt so geschickt ausnutzen konnte, um sich im Kabinett von neuem zu behaupten und einen noch schärferen Ton einzuschlagen. Die Hetzereden der radikalen Rechten, die großen Worte der vaterländischen Verbände, die Kampfsignale und die Enthüllungen in München haben den Boden des schärferen Kurses erst möglich gemacht. Weitere Excesse im Wahlkampf aber und eine Rechtsregierung werden unsere Lage nur noch schärfen. Das steht fest. Dr. W.

Deutschland

Das Urteil im Zeigner-Prozeß

WTB Leipzig, 29. März. Im Zeignerprozeß wurde um 1.30 Uhr folgendes Urteil verkündet:

Dr. Zeigner wird wegen Vergehens gegen § 133 und wegen Vergehens des § 332 des StGB zu 3 Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, Möbius wegen Beihilfe zu den genannten Vergehen zu zwei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Untersuchungshaft wird beiden vollangerechnet.

Die Gesichtspunkte der Reichstagswahlen.

WTB Hannover, 30. März. (Drahtb.) In vollbesetztem Saale der Stadthalle sprach in einer sehr gut besuchten Zentrumsversammlung der Reichskanzler Dr. Marx. Er führte u. a. aus:

das Wohl des deutschen Volkes,
die Erhaltung der Reichseinheit,
die Wiederinbetriebsetzung der Wirtschaft
die Rettung des besetzten Gebietes

müssen die Gesichtspunkte bei den Reichstagswahlen sein.

Er bekämpfte den Vorwurf von der Schuld Deutschlands am Kriege.

Es sei christlich hingegen der Gedanke des Völkerbundes.

Aber ein **wirklicher** Völkerbund im christlichen Sinne müsse **alle Völker auf gleichberechtigter Grundlage umfassen.**

Ausführlich begründete der Kanzler die völlig **ablehnende Haltung des Zentrums zu den Deutschvölkischen.**

Dr. Marx **warnte vor den Selbständigkeitsbestrebungen der Hannoveraner,** auf eine Abstimmung auf Grund des § 18 der Reichsverfassung. Sehr besorgt warnte er vor der Bildung eines besonderen Staatswesens. Der einzig mögliche Weg sei der, den die Rheinlande gegangen wären, welche die Abstimmung so lange vertagt hätten bis kein fremder Soldat mehr auf deutschem Boden stehe.

Die Kosten der Militärkontrolle.

Für den Monat Dezember 1923 waren die sächlichen Ausgaben für den Unterhalt der J. M. K. die folgenden:

	Goldmark
a. Unterbringung	123 150
b. Kraftwagenbetrieb	131 500
c. Für Geschäftszimmerbedürfnisse, Heizung, Beleuchtung, Fernsprecher, sonstige Zwecke usw.	75 950
d. Reisekosten	5 000
	335 600

Die persönlichen Ausgaben betrugen:

a. Für besondere Dienstzulagen	280 000
b. Für Heimatgehälter, deren Erstattung von uns auch gefordert wird, rund	600 000
Gesamtausgaben	1 215 600

Diesen 1,2 Millionen Goldmark für die 200 fremden Offiziere gegenüber betragen die monatlichen Ausgaben für Gehälter nebst Ortszuschläge sämtlicher 4000 Offiziere des Reichsheeres nur 688 500 Goldmark.

Die dritte Steuernotverordnung in Preußen.

)(**Berlin**, 29. März. Dem Staatsrat ist die preußische Notverordnung zur **Ausführung der dritten Steuernotverordnung** des Reiches zugegangen. Der **erste Abschnitt** dieser Verordnung handelt von der Hauszinssteuer. Von den bebauten Grundstücken, die nicht dauernd forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, wird am 1. April eine Hauszinssteuer erhoben; sie beträgt 600 Prozent der vorläufigen Steuer vom Grundvermögen. Bei Grundstücken, die am 1. Juli 1914 fertiggestellt, ist an Stelle des Zeitpunkt der Fertigstellung an seine Stelle Die Gemeinden können Zuschläge zur Hauszinssteuer erheben.

Im **zweiten Abschnitt** wird der Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände an dem Landesanteil der Einkommen- und Körperschaftssteuer von 55 auf 50 Prozent herabgesetzt, wovon die Gemeinden 42 Prozent erhalten. Von den dem Lande zustehenden Anteilen an der Umsatzsteuer erhalten die Gemeinden und Landkreise drei Fünftel, von der Hauszinssteuer erhalten die Gemeinden (Gemeindeverbände) insgesamt zwei Sechstel.

Der Staat wird ein Zehntel der Hauszinssteuer zur Förderung der Neubautätigkeit verwenden. In der gleichen Weise ist ein Zehntel des Gemeindeanteils und der Gemeindezuschläge zu verwenden.

Kommunistische Verbrecher.

WTB Hamburg, 27. März. In dem Prozeß wegen der kommunistischen Krawalle in Bergedorf und Sande im Oktober des vorigen Jahres wurde nach sechstägigen Verhandlungen vor dem hiesigen Landgericht gegen 85 Angeklagte das Urteil gefällt.

Steuerüberweisungen des Reiches.

)(**Berlin**, 30. März. Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, kommen aus Steuerüberweisungen des Reiches zur Verteilung:

a. **Einkommensteuer** (Elfter Einkommenabschlag für März), auf jeden Rechnungsanteil der Provinzen 28, der Landkreise 56, der Gemeinden 310 Millionen Mark.

b. Für **Dotationen** stehen 1 230 000 Billionen Mark zur Verfügung. Unter Zugrundelegung der ihr bekannten Schlüsselzahl vermag jede Gemeinde den ihr zustehenden Betrag zu errechnen.

Volksvertreter oder Hanswürste?

Die kommunistische Partei hat ihren Kandidaten für die Reichstagswahlen eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt, nach welcher sie das Parlament nur zur Agitation benutzen dürfen, die müssen im Parlament mit allen Mitteln die grundsätzliche Gegnerschaft zur bürgerlichen Gesellschafts-Ordnung zum Ausdruck bringen. Sehr bemerkenswert und zugleich kennzeichnend ist, daß die Kommunisten von ihren Kandidaten verlangen, daß sie sich an kein Schweigegebot innerhalb des Parlaments halten und daß sie sich bereit erklären, auch in ihrer Fühlungnahme zu den politischen und parlamentarischen Angelegenheiten nur die Beschlüsse der kommunistischen Parteizentrale auszuführen und sich in allem und jedem diesen Beschlüssen unterzuordnen. In der Erklärung müssen die Kandidaten sich weiter verpflichten, sofort das Mandat niederzulegen, wenn sie auch nur in einem einzigen Punkt der Partei-Zentrale nicht gehorchen.

Mit Recht bemerkt der „Vorwärts" dazu, daß der „Kadaver-Gehorsam" der künftigen kommunistischen Abgeordneten keine Diktatur des Proletariats mehr, sondern die Despotie des Hanswurst sei. In der Tat wären die auf solche Verpflichtungen hin gewählten Abgeordneten keine Volksvertreter sondern lächerliche Hanswürste. — Im übrigen wird man zu erwägen haben, ob nicht der Reichstag selber sehr energische Schritte gegen solche Verpflichtungen unternehmen muß, die wie z. B. die Mißachtung jedes Schweigegebots, zu den verhängnisvollsten Folgen nach innen und außen führen könnten.

Ausland.

100 Tote.

WTB Rom, 27. März. Blättermeldungen zufolge sind dem Erdbeben in Amalfi und Umgebung in Botlica 70, in Positano 15 und in Freiano 15 Personen zum Opfer gefallen. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten scheinen keine Fremden unter den Opfern zu sein.

Verhängnisvoller Hauszusammenbruch.

WTB Odessa, 30. März. Hier ist ein vierstöckiges Wohnhaus zusammengebrochen. Bei dem Einsturz sind bisher 2 Tote und 20 Schwerverletzte festgestellt.

Kirchliches.

Der Paderborner Diözesanbischof in Rom.

Der Bischof von Paderborn ist mit seiner Begleitung am Montag, dem 24. ds. Mts., spätabends wohlbehalten in Rom angekommen. Am Morgen nach seiner Ankunft machte er nach dem Westf. Volksblatt sofort die notwendigen Besuche am Grabe des hl. Petrus und im Vatikan. Die Audienz beim Heiligen Vater wird in den nächsten Tagen gewährt werden. Der Bischof hatte dann auch die Freude, den beiden neuerwählten Kardinälen aus Nordamerika, Erzbischof Hayes von Newyork und Erzbischof Mündelein von Chicago, seine Glückwünsche zu dieser Ehrung aussprechen zu können, zugleich mit dem besonderen Dank für die vielen Wohltaten, die die Diözese Paderborn der werktätigen Bruderliebe der amerikanischen Katholiken verdankt. Kardinal Mündelein war besonders erfreut darüber, den Bischof jener Diözese unter den Gratulanten begrüßen zu können, aus der seine Eltern nach Amerika hinübergewandert seien. Gern habe er den deutschen Katholiken, mit denen er Abstammung und Sprache teile, seine Sympathie bezeigt.

Unterzeichnung des bayerischen Konkordats.

)(**München**, 29. März. Amtlich wird mitgeteilt: Heute vormittag 11 Uhr wurde im Staatsministerium des Aeußeren der formale Akt der **Unterzeichnung des Konkordats vollzogen.** Nunmehr steht noch die Ratifikation durch den **Landtag** aus. Die Veröffentlichung des Konkordats kann erst im Zeitpunkte der Vorlage an den Landtag erfolgen.

Soziales.

Um den Achtstundentag für die städtischen Arbeiter in Dortmund.

WTB Dortmund, 29. März. Der Magistrat hatte vom 1. März an die Arbeitszeit für die städtischen Arbeiter von acht auf neun Stunden verlängert. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß dagegen in ihrer Sitzung am 10. März mit Mehrheit, den Achtstundentag beizubehalten. Da die Stadtgemeinde Dortmund als Mitglied des Arbeitgeberverbandes der rheinisch-westfälischen Gemeinden verpflichtet ist, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen, konnte der Magistrat diesem Beschluß der Stadtverordneten nicht beitreten.

Westdeutscher Handwerkskammertag.

Wohnungszwangswirtschaft.

Die Konferenz der westdeutschen Kammern in Münster hat zur Frage der Wohnungszwangswirtschaft folgende **Entschließung** gefaßt:

„Unter voller Würdigung des Umstandes, daß die Kreise, deren Berufsvertretung die Handwerkskammern darstellen, sowohl der Mieter- wie der Vermieterschaft angehören, halten es die westdeutschen Handwerkskammern für ihre Pflicht, für die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft und der Mieterschutzgesetzgebung einzutreten. Diese Stellungnahme beruht auf der Erkenntnis, daß nur so das völlig darniederliegende Baugewerbe und damit etwa 70 Prozent des gesamten Handwerks wieder in Arbeit u. Verdienst kommen kann. Als völlig verfehlt mußte es aus gleichen Erwägungen bezeichnet werden, wenn die demnächst zu erwartenden, den Friedensmieten angepaßten Goldmieten ganz oder zu einem erheblichen Teil dem Vermieter durch Besteuerung entzogen würden. Allerdings verschließt sich die Kammer andererseits nicht der Erkenntnis, daß die Freigabe des Bau- und Wohnungsmarktes nur dann ohne empfindliche Schädigung weiterer Volkskreise vor sich gehen kann, wenn Löhne und Gehälter eine Höhe haben, die den Lohn- und Gehaltsempfängern auf dem freigegebenen Markt eine ausreichende Kaufkraft sichern."

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Machtvolle Kundgebung der Olper Katholiken.

!! **Olpe**, 31. März. Gestern abend fand im Saale des kath. Vereinshauses eine sehr gut besuchte, von der Pfarrgeistlichkeit einberufene Versammlung der Katholiken unserer Stadt statt, welche in sachlicher, aber entschiedener Weise Stellung nahm zu den bekannten Angriffen Ludendorffs. Die von Pfarrer Hirschmann geleitete Versammlung nahm in Anschluß an die eindrucksvollen Darlegungen des Hauptredners Gymnasiallehrers Günther aus Werl unter lebhaftem Beifall einstimmig folgende

Entschließung

an.

Wir katholischen Männer und Frauen der Pfarrgemeinde Olpe erheben laut und feierlich Einspruch gegen die Verdächtigungen, welche im Münchener Hochverratsprozeß durch den General Ludendorff gegen den Papst, die deutsche Bischöfe and den deutschen Katholizismus erhoben sind. Wir weisen diese Schmähungen umso energischer zurück, als sie von einem Manne kommen, der vermöge seiner Stellung wissen konnte und mußte wie streng neutral im Kriege und wie fürsorglich nach dem Kriege gegen unser Volk sich der Papst gezeigt hat und wie wahrhaft patriotisch und besorgt um das Volk während und nach dem Kriege sich die deutschen Bischöfe bewährt haben. Wir bedauern es aufs tiefste, daß dadurch die Gegensätze, die nun leider in unserem Volke bestehen, noch verschärft werden. Wir betonen, es aufs entschiedenste, daß wir treue Kinder unseres Hl.

Pieskes neuer Chauffeur.

Roman von Friede Birkner.

Amerik. Copyreight 1923 bey Karl Köhler u. Co., Berlin W. 15.

10) (Nachdruck verboten.)

„Pöh!"

„Da kann man sich alles mögliche dabei denken. Jedenfalls wollen Sie also vorläufig keinen Kuß mehr?"

„Nein!"

„Dann nicht! Aber vielleicht geben Sie mir noch einen Kuß für Hans mit?" versuchte es Robby einmal auf diese Weise.

„Da können Sie ja einen von vorhin dazu nehmen," entgegnete Hennv, entschieden ein wenig boshaft.

„Hennv, wie kann man so geizig sein?"

„Die Verschwendungssucht anderer reizt mich immer zum Geiz."

„Das müssen Sie sich abgewöhnen, bis ich wiederkomme," meinte er ernst ermahnend.

„Kein Mensch muß müssen."

„Henny, an Ihnen muß ich noch sehr viel erziehen."

„Kümmern Sie sich lieber um Ihr Business, das ist wichtiger."

„Ich glaube doch, daß der Abschiedsschmerz, Sie so bockig macht. Soll ich Ihnen nicht lieber noch schnell ein Küßchen geben?"

Und bedrohlich kam er ihr wieder nahe, so daß Henny schon zur Abwehr ihr Rakett hob.

„Wehe!"

„Es wird Ihnen noch leid tun, wenn ich weg bin," sagte der hoffnungsvolle Jüngling drohend

„Ich werde es überleben! Doch wollen wir mal wieder ernsthaft reden. Wann gehen Sie zu Hans?"

„Sofort nach dem geschäftlichen Bericht bei meinem alten Herrn."

„Wenn Sie nicht so lieb zu Hans hielten, hätte ich Ihnen vorhin diese Kühnheit nicht verziehen."

„Könnte ich daraufhin nicht noch einmal kündigen?" fragte der Unverbesserliche mit einem treuherzigen Augenaufschlag.

Henny sah ihn nur achselzuckend an. Er haschte nach ihrer Hand, küßte sie und murmelte halblaut:

„Liebe Henny!"

Hans verzehrte gerade unter dem Kreuzfeuer der Köchinnen und Stubenmädchenblicke in größter Gemütsruhe sein Mittagbrot, das dank Minnas verspäteter Liebesgefühle nbch immer reichlich und gut ausfiel. Hans hatte schon allerhand Bevorzugungen für seine schlanke Taille. Doch tapfer nahm er die dritten „Vogtländischen" in Angriff, als Jean in die Küche kam und vornehm mit dem Daumen hinter sich zeigte.

„Sörensen, zum gnädigen Herrn, aber dalli."

„Nur nicht zu liebenswürdig, Herr Jean," sagte Hans und sah den feinen Jean nicht eben sehr freundlich an. Wegen Minnas Protektionsportionen für Hans schwebte eine geheime aber abgrundtiefe Feindschaft seitens Jeans zwischen ihm und dem Chauffeur. Hans erhob sich, nahm seine Mütze und verneigte sich kurz an der Tür.

„Mahlzeit, meine Damen!"

„Mahlzeit, Herr Sörensen," tönte es lieblich zurück.

„Fatzke!" schimpfte Jean wütend hinter ihm her.

„Der Mann hat eben Benehmen. Sie Stoffel." verteidigte Minna ihre späte Liebe.

Lisette sah Jean zu, der jetzt fest mit dem Messer losging auf die Klöße.

„Er ißt auch nicht mit's Messer wie Sie, und ist überhaupt ein bischer Mensch." — —

Hans stand vor Ernst Pieske.

„Sie haben nach mir geschickt, Herr Pieske?"

„Ja, Sörensen. Sie müssen mal schnell zu Heßler fahren und da zwei Herren abholen, die mir besuchen wollen."

„Sehr wohl. Hotel oder Restaurant?"

„Sie sind ins Weinlokal. Nehmen Sie den kleinen Stadtwagen."

„Die Herren sind orientiert, daß ich sie abhole?"

„Ja, Sie müssen sich dort beim Portier melden."

„Ich fahre sofort ab."

„Det allens klappt, Sörensen, et sind die Wehlerschen Herren, det ist mich sehr wichtig."

„Sie können sich ganz auf mich verlassen."

Draußen blieb Hans auf einmal einen Augenblick stehen und blies die Backen auf.

„Uff, das kann niedlich werden! Der alte Herr von Wehler wird mich ja sicher erkennen! Schicksal, nimm deinen Lauf!"

Er stand noch nicht lange mit dem Wagen vor Heßler, als auch schon der alte Herr von Wehler mit — ja, das war ja Robby, mit dem der alte Herr da kam.

Robby, als Amerikaner, der Junge sieht prachtvoll aus, dachte Hans bei sich und beschloß, die beiden Herren erst einmal ein wenig auf Umwegen herumzufahren, um etwas von ihrem Gespräch zu hören. Bis die Herren saßen, richtete er es so ein, daß diese sein Gesicht nicht sehen konnten, und hörte nun folgende Unterhaltung.

„Wie ich dir schon sagte, alter Herr, sie ist ein entzückendes Mädel."

„Bist du wieder mal sterblich verliebt?"

„Nein, nichts zu machen, diesmal wirds Ernst. Ich bin ganz futsch in Henny."

Hans stutzte bei dem Namen.

„Mach keine unüberlegten Dummheiten, mein Sohn. Vor allen Dingen mußt du Herrn Sörensen aufsuchen."

„Ich begreife nicht, Papa, daß du ihn bei Pieskes noch nicht gesehen hast. Er hat an seine Mutter geschrieben, daß er bei Pieskes in einer angenehmen Stellung ist. Doch sicher als Sekretär oder so etwas Aehnliches."

„Ich hab' ihn bis dato noch nicht gesehen. Wir müssen Pieske dann direkt fragen, wo er ist."

Der Wagen war langsamer gefahren und stand jetzt still. Verdutzt sahen die beiden Herren auf, als sie den Chauffeur lachen hörten und ihn sich langsam umdrehen sahen.

„Hier hängt er."

„Sörensen, du? Ja, bist du denn ganz des Teufels? Was machst du denn da?"

„Ich bin Chauffeur bei Pieskes, eine angenehme Stellung."

„Aber, lieber Herr Sörensen, wie ist denn das möglich?" sagte der alte Herr ganz erstarrt. „Warum sind Sie nicht zu mir gekommen, wenn Sie in Verlegenheit waren?"

Hans sah ihn lächelnd an.

„Vielen Dank, Herr von Wehler — aber selber ist der Mann."

„Aber Menschenkind, warum denn gerade Chauffeur?"

„Mein lieber Robby, Geistesarbeit wird heutigen Tages hundemäßig bezahlt, dabei kann ich du verzeihen Als Chauffeur hab' ich ein herrliches Leben und werde gut bezahlt."

„Aber ein Wort zu mir hätte doch genügt", jammerte der alte Herr

Ganz ernst sagte Hans jetzt:

„Gewiß, das hätte ich tun können aber ich will mir allein meine Existenz schaffen, ohne fremde Hilfe."

Robby behielt demzufolge wohlweislich seine Pläne mit Hans für sich. Dieser Dickkopf war imstande und lehnte seine Vermittlung ab. Irgendwie würde sich die Sache schon machen lassen.

„Sie imponieren mir eigentlich, Herr Sörensen," sagte der alte Herr.

„Das ist doch ein ganz einfaches Ding, Herr von Wehler. Ernährt mich mein Kopf nicht mehr, so müssen es eben meine Hände tun."

„Junge, ich finde das echt amerikanisch."

„Ist das ein Lob, Robby?"

„Natürlich."

„Also dann bitte ich Sie, Herr von Wehler, um strengste Diskretion über mich. Herr Pieske hat keine Ahnung, daß sein Chauffeur ein ehemaliger Offizier ist."

„Selbstverständlich, Herr Sörensen."

„Und du, Robby, mußt auch schweigen, zumal gegen meine Angehörigen. Dann will ich zum Dank auch nichts gehört haben von Henny und so."

(Fortsetzung folgt.)

Vaters in Rom und der Kirche sind, aber auch ebenso gute Kinder unseres Vaterlandes, dem wir auch in Not und Schmach die Treue nicht brechen, sondern bis zum letzten bewahren.

Auf die harmonisch verlaufene Versammlung, die sich zu einer gewaltigen Kundgebung katholischen Glaubenslebens und katholischer Einigkeit auswuchs, werden wir noch ausführlich zurückkommen.

Zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.

Von Verw.-Insp. Rud. Loeser, Olpe.

Fünf Jahre sind vergangen, seit die letzten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung stattgefunden haben; es war am 2. März 1919. Nunmehr ist durch Gesetz eine Neuwahl angeordnet. Als Wahltag ist der 4. Mai ds. Js. festgesetzt worden. Wie lange die Wahlzeit der neuzuwählenden Stadtverordnetenversammlung dauern wird, ist noch nicht bestimmt worden. Darüber wird in den noch zu erlassenden Gemeindeverfassungsgesetzen Bestimmung getroffen werden.

Die Zahl der Stadtverordneten muß mindestens 11 betragen. Durch Ortssatzung kann diese Grundzahl erhöht werden und zwar für Städte bis zu 15 000 Einwohnern für jede angefangenen 1000 um je 1 Stadtverordneten. Maßgebend für die Feststellung der Einwohnerzahl ist das Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919. Hiernach hatte die Stadt Olpe eine Einwohnerzahl von 6180. Somit ist für unsere Stadt die zulässige Höchstzahl der Stadtverordneten 18. Die Stadtverordnetenzahl kann auch auf eine niedrigere Zahl als die zulässige Höchstzahl festgesetzt werden. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde die zulässige Höchstzahl 18 beschlossen. Die Zahl der wahlberechtigten Personen, also der Bürger beläuft sich auf rund 3400, so daß, wenn die Zahl der Bürger, die sich an den Wahlen nicht beteiligen, mit 10 v. H. angenommen wird, auf 1 Stadtverordneten rund 170 Stimmen entfallen.

Die Wahl ist unmittelbar und geheim. Sie erfolgt nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts. Die Verbindung von Wahlvorschlägen ist unzulässig. Wahlberechtigt sind alle über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer u. Frauen, die seit mindestens 6 Monaten, also seit 4. November 1923, ihren Wohnsitz im Stadtbezirke haben (aktives Wahlrecht). Wählbar sind diejenigen Wahlberechtigten, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, also am 4. Mai 25 Jahre alt sind und werden, (passives Wahlrecht). Hiernach ist gegenüber früher eine Aenderung eingetreten, da bisher für die Wählbarkeit die Vollendung des 20. Lebensjahres genügte. Voraussetzung für die Wahlberechtigung ist die Eintragung in die Bürgerliste oder der Besitz eines Wahlscheines. Da zur Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts die deutsche Reichsangehörigkeit erforderlich ist, sind Ausländer keine Bürger, sie können mithin weder wählen noch gewählt werden. Dagegen sind wahlberechtigt und wählbar außer den preußischen Staatsangehörigen auch die Angehörigen sämtlicher anderen deutschen Länder (der früheren Bundesstaaten).

Wahlberechtigt und wählbar sind nicht: wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft steht; ferner wer die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzt. **Behindert** in der Ausübung ihres Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Untersuchungsgefangene sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden.

Die durch feindliche Maßnahmen aus den besetzten Gebieten verdrängten wählbaren und wahlberechtigten Personen sind unbeschadet ihrer Wahlberechtigung und Wählbarkeit an ihrem Wohnsitz auch da wahlberechtigt, wo sie sich am Wahltag aufhalten.

Die Stimmabgabe ist in Abstimmungsbezirken vorzunehmen. Da kein Abstimmungsbezirk mehr als 2500 Einwohner umfassen soll, ist die Stadt in 3 Abstimmungsbezirke eingeteilt. Ihre Abgrenzung ist die selbe, wie bei den letzten Wahlen zum Reichstag und zum preußischen Landtag. Wahlräume sind die Säle der Gasthöfe „zum Schwanen", Tillmann und Kölner Hof.

Für jeden Abstimmungsbezirk ist ein **Wahlvorstand** zu bestellen. Dieser führt die Wahlhandlung im Abstimmungsbezirk durch und stellt das Abstimmungsergebnis im Abstimmungsbezirk fest. Er besteht aus dem Wahlvorsteher als Vorsitzenden und gemäß Stadtverordnetenbeschluß vom 6. ds. Mts. aus 4 Beisitzern. Aus der Zahl der Beisitzer wird vom Wahlvorsteher ein Schriftführer bestimmt. Zu Wahlvorstehern sind vom Bürgermeister Personen, die zur Stadtverordnetenversammlung wahlberechtigt sind, oder städtische Beamte zu ernennen. Für jeden Wahlvorsteher ernennt der Bürgermeister aus der Zahl der zur Stadtverordnetenversammlung wählbaren Personen oder der städtischen Beamten einen Stellvertreter. Die Beisitzer werden von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Wählbar sind die zur Stadtverordnetenversammlung wählbaren Personen. Für jeden Beisitzer ist ein Stellvertreter zu wählen. Die Stellvertreter des Wahlvorstehers und der Beisitzer gehören an sich nicht zum Wahlvorstand, vielmehr erst dann, wenn sie den Wahlvorsteher bezw. einen Beisitzer vertreten. Es ist dies zu beachten bei Abstimmungen des Wahlvorstandes, z. B. bei Beschlußfassung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit eines Stimmzettels. Der Wahlvorstand beschließt mit Stimmenmehrheit. Zur Wahlhandlung sind die Beisitzer vom Wahlvorsteher einzuladen.

(Fortsetzung folgt.)

:: **Olpe**, 31. März. Vom 1. April ab treten auf den Strecken **Welschenennest-Betzdorf und Kirchen-Olpe** nachstehende **Fahrplanänderungen** in Kraft: Pz. 750 fährt früher ab Kreuztal, Abf. 5,09, Siegen an 5,33 vorm. Pz. 1270 fährt früher ab Siegen, Abf. 5,35 vorm., Betzdorf an 6,06. Pz. 1271 (W) fährt früher ab Betzdorf, Abf. 5,42 vorm. Siegen an 6,15. Pz. 1281 fährt ab Betzdorf wieder in seinem alten Plan, Betzdorf ab 11,05 nachm. Siegen an 11,40. Pz. 1278 (W) verkehrt durchweg einige Minuten früher, Siegen ab 2,12 nachm., Betzdorf an 2,42. Die Pz. 1285 (W) Kreuztal ab 3,00 nachm., Welschenennest an 3,28 nachm. und Pz. 1286 (W) Welschenennest ab 4,37 vorm., Kreuztal an 4,59 fallen wegen ungenügender Besetzung aus. Pz. 1288 (W), bisher 6,32 vorm. von Welschenennest verkehrt zur Herstellung der Anschlüsse an Pz. 1292 nach Siegen durchweg 38 Minuten früher, Welschenennest ab 5,54 vorm., Kreuztal an 6,16. Pz. 1376 (W) bisher Olpe ab 4,15 vorm. verkehrt durchweg 8—9 Minuten später bei Kirchen an 5,44 vorm. Pz. 1413 Kirchen-Olpe verkehrt ab Kirchen wieder 6,02 vorm. durweg etwas früher, Olpe an 7,23. Pz. 1394 Olpe-Kirchen verkehrt ab Olpe nach Aufnahme der Anschlüsse von Pz. 1216 von Finnentrop erst 9,30 nachm. Kirchen an 10,46. Pz. 1397 (W) Kirchen ab 9,58 nachm. nach Olpe fällt aus. An seiner Stelle verkehrt der die Anschlüsse Betzdorf und Siegen aufnehmende Pz. 1393 (W), Kirchen ab 11,14 nachm. Olpe an 12,32 nachts.

W Olpe, 31. März. Wie die Blätter melden, hat sich die Reichspostverwaltung zur **Herabsetzung der Rundfunkgebühr** entschlossen. Voraussichtlich wird für die Teilnehmer im Rundfunk vom 1. April ab nur ein Betrag von monatlich 2 Mark zu bezahlen sein. Das bedeutet eine Herabsetzung der bisherigen Gebühren um fast zweidrittel. Ganz abgesehen davon wird die Einziehung der Gebühren nur monatlich erfolgen. Auf diese Weise soll den Rundfunkteilnehmern, die bisher nicht bezahlt haben, und die auf 100 000 geschätzt werden, die Gebührenzahlung ermöglicht werden. Für alle bis zum 15. April sich freiwillig meldenden Radiozaungäste soll Straffreiheit zugesichert werden.

)(**Olpe**, 31. März. Die Reichsregierung hat durch eine neue Verordnung den Kreis der Angestellten, die der Krankenversicherungspflicht unterliegen, neu bestimmt. Da über die Pflicht zur Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse mannigfache Zweifel in der Oeffentlichkeit bestehen, aber der größte Teil des deutschen Volkes, als Versicherter oder als Arbeitgeber, mit der Krankenversicherung in Berührung kommt, dürfte eine Antwort auf die oben aufgeworfene Frage von allgemeinem Interesse sein. Zur Krankenkasse müssen angemeldet werden: Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Dienstboten, und zwar ohne Rücksicht auf ihren Verdienst. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung sowie Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge unterliegen der Krankenversicherungspflicht nur, wenn ihr regelmäßiger Monatsverdienst 200 Goldmark nicht übersteigt. Angestellte und dgl., die höheren Verdienst haben, können nicht Pflichtmitglieder von Krankenkassen sein, auch in dem Recht des freiwilligen Beitritts zur Krankenkasse sind sie sehr beschränkt. Nach der amtlichen Statistik umfassen die Krankenkassen rund 17 Millionen Versicherte. Wie diese Angaben dartun, ist etwas mehr als ein Viertel des deutschen Volkes in den Krankenkassen versichert. Die weiten Kreise der Selbständigen, die Beamten usw., kommen für die gesetzliche Krankenversicherung nicht in Betracht. Es ist also nicht richtig, wenn manchmal behauptet wird, daß den Krankenkassen die Krankenfürsorge für den größeren Teil oder fast für die Gesamtheit des deutschen Volkes obliege.

(**) **Olpe**, 31. März. Am Donnerstag, den 3. April findet eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt.

„ **Olpe**, 31. März. (Aus der Westfälischen Zentrumspartei.) Die Aufstellung der Wahlbewerber zum deutschen Reichstag für den Wahlkreis-Westfalen-Süd findet am Mittwoch, dem 2. April, nachmittags 2 Uhr im kath. Vereinshause zu Hamm, Oststr. 53, statt. Die Einladungen sind bereits versandt. Leider hat sich in die Einladung ein bedauerlicher Druckfehler eingeschlichen. Es heißt in der Einladung: Aufstellung der Wahlbewerber zum deutschen Reichstag für den Wahlkreis Westfalen-Nord. Es muß selbstverständlich heißen: **Westfalen-Süd.**

Provinzielles.

Was betrunkene Belgier anrichteten.

Im besetzten Gebiete leiden die Bewohner furchtbar unter der Besatzung. Insbesondere kommen immer wieder Uebergriffe vor, von Soldaten, welche dem Alkohol allzu reichlich zugesprochen haben. So erhalten wir von zuverlässiger Stelle einen Bericht über ein schweres **Straßenbahnunglück**, das am letzten Sonntag in **Marl** bei Dorsten sich ereignete. Ein **Straßenbahnwagen fuhr einem anderen in die Flanke, sodaß er umstürzte. Ein Toter und 16 Schwerverwundete** wurden von den Trümmern gezogen. Die örtlichen Zeitungen berichten darüber, daß die Untersuchung ergeben habe, es treffe die Verwaltung und das Fahrpersonal keine Schuld, die wirkliche Ursache durften sie nicht nennen; Denn diese war folgende: **Betrunkene belgische Soldaten haben das Fahrpersonal von einem Wagen vertrieben und den Wagen in voller Fahrt gesetzt.** Er fuhr mit voller Geschwindigkeit in eine Kurve, sprang dort aus dem Geleise und dem dort stehenden Wagen in die Flanke. Die Besatzungsbehörden gestatten natürlich nicht, daß dies im besetzten Gebiet bekannt wird, denn das wäre ja gegen die Sicherheit und die Ehre der Besatzungstruppen. Die Deutschen aber müssen das mit ihrem Leben und Blut bezahlen.

* **Paderborn**, 29. März. (**Eine Ehrung des Paderborner Schützenvereins.**) Se. Eminenz Karl **Joseph Schulte, Erzbischof von Köln**, hat dem Paderborner Schützenverein eine sehr ehrenvolle Gabe in einem sehr geschmackvollen Erinnerungsblatt, gefertigt von unserem heimischen Künstler R. Matern, Dombaumeister, gewidmet. Die Inschrift lautet:

„In obsequium Christi. — Karl Joseph Kardinal Schulte, Erzbischof von Köln, von 1910—1920 Bischoff von Paderborn, widmet dieses Erinnerungsblatt dem Paderborner Schützen-Verein **zur Beurkundung bleibender Dankbarkeit für den allzeit treuen Ehrendienst** und für die ihm zum Abschied freundlichst verliehene **Ehrenmitgliedschaft.**

Karl Joseph Kardinal Schulte,
Erzbischof von Köln.

Köln, Februar 1924."

Das Blatt ist oben mit dem Erzbischöflichen Wappen und seitlich unten links und rechts mit Darstellungen der Dome von Köln und Paderborn versehen.

WTB Elberfeld, 29. März. Ab 27. März verkehrt ein Mitropaschlafwagen erster und zweiter Klasse von Bohwinkel über Elberfeld-Hagen-Frankfurt nach Karlsruhe. Die Platzverteilung wird wie folgt geregelt: Unionreisebüro Elberfeld, Alter Markt 12 (Telg.-Adresse M. E. R. 1 Elberfeld) übernimmt, die Verteilung der Plätze 1—10. Hiervon werden Plätze 7-8 und 9-10 bis nachm. 5 Uhr für Abgeordnete und Regierungsvertreter freigehalten. Das Verkehrsbüro der Reichsbahndirektion Elberfeld erhält die Plätze 11—14. Das Reisebüro Nordd. Lloyd, Barmen Alter Markt 12, übernimmt die Plätze 15—20. Die Platzverteilung und Führung der Flaggkarten wird von dem Unionreisebüro Elbrefeld (M. E. R. 1.) übernommen. Bestellungen für diesen Zug müssen bis nachmittags 5 Uhr dort vorliegen. Diese Stelle erteilt alsdann die Zu- bezw. Absage. Die Gebührenerhebung ist wie bei den anderen deutschen Schlafwagen.

* Düsseldorf, 30. März. Die Stellung der Zentrumspartei zu der Entziehung des Ehrenbürgerrechtes Ludendorffs durch die Stadtverordnetenversammlung auf einen sozialdemokratischen Antrag hin, bei dem die Zentrumspartei sich der Stimmen enthielt, begründete Generaldirektor Adams. Die Katholiken seien am ehesten berechtigt, über das Thema längere Reden zu halten. Ludendorff habe sich nicht gescheut, lebende und tote Führer des Zentrums anzugreifen und habe auch nicht verschmäht, das Oberhaupt der Kirche in gleicher Weise anzugreifen. Die Stellung der Partei zu dem Antrage entspreche nicht Gefühlen persönlicher Kränkung, auch nicht einem Gefühle übertriebener Verehrung für die Taten Ludendorffs, die ihm niemand abstreiten wolle. Die Zentrumspartei könne sich nicht mehr schützend vor Ludendorff stellen. Was die weiteren Anträge betr. die Umbenennungen der nach Ludendorffs benannten Straße und Schule angehe, so lege die Zentrumspartei keinen Wert auf die Beibehaltung dieser Benennungen, erinnere doch diese Benennung immer an die schmähliche Behandlung, die ihr zuteil geworden sei. Weiter lag ein Antrag vor, den Wilhelmsplatz in Platz der Republik umzubenennen. Beim Wilhelmsplatz (das ist der Bahnhofsvorplatz) handele es sich um Wilhelm I., den Gründer des Reiches, dessen Erhaltung jedoch alle anstrebten. Der Antrag auf Umbenennung des Wilhelm-Platzes in Platz der Republik wurde abgelehnt, der Antrag auf Umbenennung der Ludendorffschule in Schule an der Reitbeistraße ebenfalls mit den Stimmen der Linken, bei Stimmenthaltung des Zentrums, gegen die Stimmen der Rechtsparteien angenommen.

WTB Aurich, 29. März. Die Strafkammer verurteilte den 82-jährigen verheirateten Lagerhalter Steupe wegen eines am 11. Juli v. J. auf der Insel Juist an der 16jährigen Tochter des Fabrikanten Dausend, Emilie Dausend, aus Ronsdorf begangenen Sittlichkeitsverbrechens, das den Tod des Mädchens zur Folge hatte, zu 15 Jahren **Zuchthaus** und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, für die Dauer von 10 Jahren.

Letzte Telegramme.

Kein Tag ohne neue Partei.

Die Zersplitterung des deutschen Parteiwesens, die besonders stark bei den Listenaufstellungen für die Neuwahl des Reichstages zum Ausdruck kommt, hat mit den 25 Parteigruppen, die man bisher zählte, ihr Ende noch nicht erreicht. Man spricht davon, daß bisher bereits über 50 **verschiedene Listen** eingereicht werden sollen. Eine neue Partei hat sich in der Niederlausitz gebildet. Sie nennt sich Lausitzer Volkspartei. Ihre Absicht geht dahin, die Polen, Dänen und andere derartige Gruppen im Reichstage zusammenzufassen. Man spekuliert dabei auf die Stimmen der Wenden.

Die Arbeiten der Sachverständigen.

WTB Paris, 28. März. Der Redaktionsausschuß der Sachverständigen hat gestern den ganzen Tag gearbeitet. Der Bankuntersuchausschuß hat sich heute vormittag mit der Frage der Anleihe befaßt. Er wird morgen die Sachverständigen Leverve und Acworth hören, die ihren Bericht über die Eisenbahn abgeben sollen.

Wirtschaftsteil.

Die Erdölgewinnung in der Provinz Hannover.

Wie wir erfahren, ergab die neuentdeckte Oelquelle der Deutschen Erdöl-A.-G. bei Nienhagen bisher rund 300 Kesselwagen Oel. Seit dem 20. ds. Mts. hat die Oelquelle zu fließen aufgehört. Die genaue Ursache dieser Erscheinung war bisher nicht festzustellen; doch nimmt man an, daß Verschlammung oder Steinverstopfung eingetreten ist. Dazu kommt, daß durch den starken Druck von außen die Röhrentouren verbogen sein dürften. Welche Zeit die Wiederherstellung der Ausfluß-Einrichtung beanspruchen dürfte, ist nicht zu übersehen. Das in der Provinz Hannover gewonnene Oel macht ein Raffinieren wenig rentabel; doch wird durch die Destillation vorwiegend Petroleum und in geringem Maße Benzin, Gasöl, leichtes Zylinderöl (230—240 grädig) Eisenbahnachsenöl und Pech für die Asphalt-Industrie gewonnen. Neue Bohrverträge haben abgeschlossen die Firmen: Stinnes, die Gewerkschaft Elwerath, die Greifer und Oleum A.-G. Bohrungen führen gegenwärtig durch: die Dea, die Elwerath, die Rieg, die Hatage und Oleum A.-G.

Obgleich in jüngster Zeit verschiedentlich **ausländisches Kapital** sich für das Oelvorkommen in Hannover interessiert hat, ist, soweit bekannt, ausländisches Kapital bei der Erdölgewinnung in Nienhagen nicht vertreten. Die bisherige hannoversche Erdölförderung betrug 35—50 000 Tonnen. Das rührte daher, daß Bohrungen bis nach dem Kriege meist nicht planmäßig angenommen, daß, wenn die Bohrungen bis zu 1000 Meter durchgeführt werden können, die hannoversche Erdölgewinnung einen bedeutenden Platz in der Weltproduktion einnehmen kann.

Auch im **Landkreise Harburg** werden neuerdings, vornehmlich um Wulmsdorf herum, **neue Bohrungen** nach Erdöl unternommen. Hier ist namentlich die Firma Stinnes an den Bohrungen beteiligt.

Die Mieum-Verträge.

Wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, werden in diesen Tagen die amtlichen Verhandlungen zwischen den deutschen und den französischen Vertretern wegen der Mieum-Verträge aufgenommen. Weil sich die Beratungen der Sachverständigen infolge ingwischen eingetretener Schwierigkeiten länger als ursprünglich angenommen war, hinausziehen, sodaß mit einer Regelung der beiderseitigen wirtschaftlichen Abmachungen auf Grund der Mieum-Verträge bis zu deren Ablauf am 15. April nicht mehr gerechnet werden darf, wird nun auch offiziell die Frage der Verlängerung dieser Verträge in Erörterung gezogen. Es wird sich wohl vorläufig darum handeln, diese Verträge um einen Monat, also bis zum 15. Mai in ihrer Geltungsdauer zu verlängern. Die eine provisorische bis zur Ueberwindung eines Ue-Reichsregierung wird bei den Verhandlungen keinen Zweifel darüber lassen, daß diese Regelung nur als vergangsstadiums anzusehen ist und daß sie ihren Standpunkt aufrecht erhält, wonach diese Verträge auf die Dauer nicht erfüllt werden können und daß die Regierung als solche nicht, wie man es von französischer Seite gern möchte, ihrerseits in die jetzt von der Industrie als solcher übernommenen Verpflichtungen einzutreten in der Lage wäre.

Auflösung der Darlehnkassen des Reiches.

Nach einer Bekanntmachung des Reichsfinanzministers vom 17. März 1924 werden die Darlehnskassen des Reiches mit dem 30. April für den Verkehr geschlossen und aufgelöst. Die Abwicklung der Geschäfte liegt Liquidationsstelle der Darlehnskassen (Berlin W 8, Behrenstr. 21) ob, die der oberen Leitung der Hauptverwaltung der Darlehnskassen untersteht.

Der italienische König in Lebensgefahr.

)(**Berlin**, 30. März. (Privatmeldung.) Wie die Blätter aus Rom melden, geriet der König von Italien auf seiner Reise nach Amalfi in große Lebensgefahr. Wenige Minuten vor dem Eintreffen des königlichen Zuges in Teano erfolgte dort ein ungeheurer Erdrutsch auf die Gleise des Bahnkörpers. Im letzten Augenblick gelang es, den Zug zum Halten zu bringen.

WTB Neapel, 29. März. Nach den letzten Nachrichten sind die längs der Küste ausgeschickten Schiffe zurückgekehrt und landeten zahlreiche Opfer der Katastrophe, die im Seminar von Amalfi untergebracht wurden, wo ihnen die erste Hilfe zuteil wurde. Bei dem Einsturz eines Hauses in Veitica Magior wurden 5 Personen getötet, in Mariano Prajano wurden 13, in Septiko Minora bei Einsturz zweier Häuser 55 und in Amalfi 5 Personen getötet.

Vermischtes.

Das Ende eines schottischen Whisky-Königs.

Am 6. Februar endete durch Selbstmord in seinem Schlosse Perthshire der schottische „Whisky-König" Sir John Stewart; er hinterließ eine Schuldenlast von einer Million Pfund Sterling. Nach dem „Sunday Expreß" hat Stewart einige Tage vor seinem Tode einen schweren Vertrauensbruch begangen, indem er sich von einer Londoner Bank auf zweifelhafte Sicherheiten hin 70 000 Pfund Sterling verschaffte. Stewart, der z. Zt. für seinen Adelstitel der Wahlkasse einer politischen Partei 80 000 Pfund Sterling zuwies, zeichnete sich durch seine Extravaganz aus. Er hatte immer große Summen bei sich, nie unter einer Million und gab in dem Hotel, in dem er abstieg, wenn er nach London kam, täglich doppelt so viel aus. Er hielt darauf, für den bestgekleideten Mann Schottlands zu gelten und gab Riesensummen für seine Schneiderrechnungen aus. Da er sein beträchtliches Familienvermögen, das durch Whiskyfabrikation gewonnen war, verloren hatte, suchte er es durch Geschäfte, von denen er wenig oder nichts verstand wieder zugewinnen. Außerdem beteiligte er sich an Alkoholschmuggel nach Amerika. Der Whisky, um den es sich dabei handelte, kam auch wohlbehalten in Amerika an, aber die Schmuggler vergaßen zu zahlen, sodaß Stewart in eine sehr prekäre Lage kam, die jetzt zu seinem tragischen Ende führte. Kurz nachdem er geadelt worden war, hatte er für mehrere Millionen das Schloß Fingask erworben. Er hatte Fahrstraßen angelegt, eine Riesengarage gebaut und ein eigenes Elektrizitätswerk dort eingerichtet? In dem üppigen Schloß, in dem er eigentlich niemals gelebt hatte, hat er jetzt sein Leben beschlossen.

Die deutsche Auswanderung.

)(**Berlin**, 28. März. In einem Artikel des Tageblattes über die deutsche Auswanderung wird festgestellt, daß im Jahre 1919 3000, im Jahre 1920 10 000, im Jahre 1921 25 000, im Jahre 1922 37 000 und im Jahre 1923 mehr als 120 000 **Personen** aus Deutschland ausgewandert sind. Für das Jahr 1924 sei eine weitere Steigerung der Auswanderer zu erwarten.

Noch ein Todesurteil.

)(**Berlin**, 28. März. Der Händler Erich Weiß, der in seiner Wohnung die Hilfspflegerin Plettig ermordet und die Leiche in der Nähe des Friedhofs in Reinickendorf bei Berlin verscharrt hatte, wurde wegen Mordes zum Tode verurteilt.

Wer hat

1919 beim Neubau des Staates die Gefahren von links gebannt? Nicht diejenigen, welche gegen die Koalition geweitert haben, sondern **das Zentrum.**

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe. Hauptschriftleitung: Dr. phil Albert Wand. Verantwortlich für den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Teil: Dr. Wand. für den örtlichen und provinziellen Teil und Feuilleton: Paul Fischer, beide in Olpe; für die Berliner Redaktion: J. V. Krauß, Berlin-Schöneberg.

Den hochwertigsten und besten amtlich zugelassenen

Radio-

Empfangsapparat

liefert die

Deutsche Radiophon-A-G., Berlin

Generalvertreter für Rheinland und Westfalen

Elektrizitäts-Gesellschaft

Brückner & Co., Hagen i. W.,

Bergstr. 124. Fernruf 259, 3916.

Einige Untervertretungen sind noch zu vergeben. (†)910

Turn-Verein :-: Olpe

Turnstunden:

Turnerinnen: Dienstags 8¼ — 10 Uhr
Turner: Freitags 8¼ — 10 Uhr
Zöglinge: Mittwochs 8¼ — 10 Uhr
in der Turnhalle des Lehrerseminars.

Empfehle billigst

prima Rotklee, Schwedenklee Thimothee, u. Grasmischung.

Garantiert seidefrei

Ferner sämtliche

Gartensämereien.

Jos. Stahl, Olpe i. W.

Fernruf 304. (†)967

Für Ostern!

Sämtliche

Schulbücher Schulhefte Schulartikel

vorrätig.

Ruegenberg'sche Buchhandlung,

Olpe, { Frankfurterstrasse 16 / Bahnhofstrasse 3.

Die

St. Franziskus-Schule

hierselbst

Lyzeum und Oberlyzeum

gibt bekannt, daß das neue Schuljahr an der Anstalt auch für die Anfänger, erstes Schuljahr, und sonstige neu eintretende Schülerinnen am Mittwoch, dem 30. April, morgens um 8 Uhr, beginnt.

Moderne

WERKSTATT

FÜR

AUTOMOBILE, MOTORRAEDER u. FAHRRAEDER

Heinr. Clemens,

OLPE i. W.

Winterbergstr. 4. Telefon 272.

? ? ? ? ?

Cirkus Blumenfeld

Der Cirkus voller Rätsel!

Ganz Olpe wird staunen!

? ? ? ? ? ?

In grosser Auswahl:

Herren- Burschen- Knaben- Kommunion- **Anzüge**

Sport- Zwirn- Pilot- Manchester- **Hosen**

Anzug- Zwirn- Pilot- Manchester- **Stoffe**

Blaue Arbeits-Anzüge, Hüte, Cravatten, Schirme und Stöcke, Kleiderstoffe, Baumwollwaren

Aussteuer-Artikel | Fertige Betten

Georg Hessmann, Olpe.

Telefon 276 Winterberg 20

Goldwerte

bietet die

Preuß. Klassenlotterie.

Gesamtgewinne 2.—4. Klasse rd. 19 Millionen Rentenmark.

Ziehung II. Klasse 4. April.

Einige Kanflose sind noch frei:

1/8	1/4	1/2	1/1 Los
f. 6,—	12,—	24,—	48,— Rmk.

Pläne gratis. — Porto extra.

Säumen Sie nicht, sich sofort ein Los zu sichern!

Thurmann,

Staatl. Lotterie-Einnehmer,

Lippstadt, Telefon Nr. 5.

(†)941) Postscheckkonto Dortmd. 2505.

Wer probt, der lobt

die Erzeugnisse der Margarine- und Pflanzenbutter-Werke

H. Meyer, Lippinghausen.

Verlangen Sie bei ihrem Kaufmann ausdrücklich meine Spezialitäten.

Westfalenkrone (Schutzmarke Schinken)	90 Pfg.
Westfalenglanz	75 „
Eicelb Nuß Butter	80 „
Heboeti (Salzlos)	65 „
Tentonnia	60 „

Generalvertretung und Fabrikniederlage

Wilh. Schönrath.

Lüdenscheid.

Fernruf 146 u. 339. (†)980

Einen neuen

Kippwagen,

mehrere neue

Kippkarren, Mistkarren, Wagen bis 50 Ctr.

verkauft sehr preiswert

Fritz Zimmermann, Wagenbau, (†)945) Bernestadt, Telef. 456.

Guterhaltene, fast neue große

Milchzentrifuge

hat billig abzugeben

Johann Schweinsberg

Hofolpe, (†)946)

Post Kirchhundem.

Fichtenpflanzen

Säml. und Verschulte

Kiefern, Banks- und Schwarzkiefern, Straßenbäume etc. in gesunder, frischer Gebirgsware, kiefern billigst

Gebr. Hauses, Rinsche

bei Kirchhundem i. W. (Sauerland) w101

Fichtenstangen!

Spitzenknüppel, 125 × 5/8 cm Ø dauernd gegen Kassa zu kaufen gesucht. w111

H. u. A. Hauses, Holzgeschäft,

Rüsperwerk b. Oberhundem i. W.



Stier-Verkauf.

Am Freitag, dem 4. April 10½ Uhr in Dieringhausen [Hotel Theiß.]

Es kommen mindestens 10 rotbunte Stiere niederrheinischer Abstammung im Alter bis zu 1 Jahre zum Verkauf. (†)970

Kreisrindviehzuchtverein Gummersbach.

Ernst Giebeler

SIEGEN

Ausführung aller bankmässigen Geschäfte
An- und Verkauf von Wertpapieren

Kulante Verzinsung von Papier- und Rentenmark-Einlagen

Errichtung laufender Rechnungen
Verwaltung und Aufbewahrung von Effekten in eigenen Stahlkammern w87

Beratung und Auskünfte kostenlos
Telefon Nr. 1894, 1895, 1906 und 1804.
Telegr.-Adr. Bergwerke.

Ia. Saathafer (Gebirgshafer)

für hiesige Gegend besonders geeignet, sowie

Futterhafer, Mais, Weizenkleie, Vollmehl, Ia. Weizenmehl

empfiehlt billigst

Konrad Kich, Drolshagen.

Erstklassige leistungsfähige Margarinenwerke suchen für Olpe und nächste Umgebung einen tüchtigen fleißigen

Kaufmann

der in der Lebensmittelbranche gute Verbindungen hat und in Olpe ein Lager mit übernehmen kann. Gefl. Offerten sind zu richten an die Geschäftsst. dss. Bls. (†)979

Kaufe laufend

Grubenhölzer

aller Dimensionen oder dazu passende

Waldbestände.

Hub. Reuter,

Lichtringhausen-Attendorn.

(†)95) — Fernruf 181 —

Saath

(Original Fichtelgebirgs)

und

Saatgerste

vorrätig. (†)969

Joseph Bender,

Gerlingen.

Verkaufe am Freitag, dem 4. dss. Mts. in der Gastwirtschaft Wirth zu Rothemühle aus der Gemarkung Römershagen (Trömbach-Rothemühle) [†)968

2 Weiden und 1 Wald mit Holzungen.

Käufer mögen um ½2 Uhr dort sein.

Fritz Müller,

Rothemühle.



Halte Mittwoch, den 2. April vorm. 9 Uhr mit einer Auswahl junger

Schweine

beim Gasthof Norbert Deimel (†)978

in Olpe,

nachm. 1 Uhr beim Gasthof Kühn

in Sondern,

nachm. 2 Uhr beim Gasthof Müller

in Listernohl.

Käufer ladet ein

Ed Grebe, Wenden.

Telefon Nr. 31.

Prima hochtragende

Kuh

zu verkaufen. [†)987

Olpe Winterbergstr. 6.

Schneider-lehrling,

Sohn achtbarer Eltern, sucht für sofort oder zu Ostern [†)953]

Eduard Holterhoff,

Olpe.

Gemeinde Stachelau

sucht einen zuverlässigen

Hirten.

Hund vorhanden. Auskunft bei

Ortsvorst. Sondermann.

Reklame-Drucksachen

in Schwarz- und Mehrfarbendruck

fertigt schnell und preiswert an

Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe